

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen
(130. - öffentliche - Sitzung am 11. Februar 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/9364](#)

dazu: **Eingabe 01710/03/10** und **Eingabe 01711/03/19**

Der federführende Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen. Ferner führt er eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durch. Angehört werden:

- Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion
- DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Niedersächsischer Richterbund
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens (nur schriftliche Stellungnahme)

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5313](#)

dazu: **Eingabe 00945/03/19**

Der federführende Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, hört den Einsender der in die Beratung des Gesetzentwurfs einbezogenen Eingabe 00945/03/19 an und setzt die Beratung fort.

3. **Vorlagen**

Vorlage 288 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (04 01, 06 23, 06 45, 06 79, 08 01, 15 01)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4. a) Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz
31. Sitzung des Stabilitätsrates am 12. Juni 2025
Unterrichtung - [Drs. 19/7658](#)

- b) Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz
32. und 33. Sitzung des Stabilitätsrates am 17. Juli 2025 und 7. Oktober 2025 sowie Stabilitätsbericht Niedersachsen 2025
Unterrichtung - [Drs. 19/8683](#)

- c) Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz
(StabiRatG), 34. Sitzung des Stabilitätsrates am 9. Dezember 2025
Unterrichtung - [Drs. 19/9526](#)

dazu: **Vorlage 289 (MF)** Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen über wesentliche Themen des Stabilitätsrates im Jahr 2025 (§ 9 Stabilitätsratsgesetz)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtungen und die Vorlage 289 zur Kenntnis.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand der Gespräche in Sachen Offshore-Gewerbesteuer**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU zu und bittet die Landesregierung um Unterrichtung in seiner für den 18. Februar 2026 vorgesehenen Sitzung.